



Grüner essen

Ernährungsindustrie. Nachhaltigkeit ist angesagt: Knapp die Hälfte der 4.600 Aussteller auf der diesjährigen Ernährungsmesse Anuga waren auf biologische, regionale und fair gehandelte Produkte spezialisiert. Auch die deutschen Hersteller wollen energieeffizienter fertigen, kreieren pflanzenbasierte Alternativen zu Fleisch, Fisch und Milchprodukten und testen umweltfreundliche Verpackungslösungen. Dass inzwischen sogar eine industriell hergestellte Tiefkühlpizza CO₂-neutral sein kann, erläutert Sebastian Beuchel von der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie im iwd-Interview. —> [Seiten 2-5](#)

Italien

Mit Geld aus dem Corona-Aufbaufonds der EU will die italienische Regierung die Wirtschaft fit für die Zukunft machen. Doch der Plan hat viele Mängel.

—> [Seiten 6-7](#)

Erneuerbare Energien

Der Ausbau der Erneuerbaren muss beschleunigt werden. Zugleich steht die EEG-Umlage vor dem Aus, wie IW-Ökonom Andreas Fischer im Interview erläutert.

—> [Seiten 14 und 15](#)

Knäckebrot aus Kichererbsen, Kaffee mit Kollagen

Ernährungsindustrie. Deutschlands viertgrößter Industriezweig bringt jährlich Tausende neue Produkte auf den Markt, doch nur die wenigsten finden einen festen Platz im Supermarktregal. Besonders gefragt sind derzeit Lebensmittel mit einem gesundheitlichen Zusatznutzen sowie pflanzenbasierte Alternativen.

Trockenlachs in Scheiben, veganer Fischsalat, Kombucha Shots, tiefgekühlte Pestowürfel und Knäckebrot aus Kichererbsen: Die Ernährungsindustrie entwickelt laufend neue Produkte, von denen sich aber nur ein Bruchteil am Markt durchsetzt. Allein in Deutschland kommen jedes Jahr zu den 170.000 bis 180.000 etablierten Lebensmittelkreationen rund 40.000 neue Produkte hinzu – und genauso viele verschwinden auch wieder, denn der Platz in der Supermarktregalen ist begrenzt.

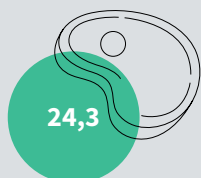
Gute Absatzchancen haben derzeit kulinarische Novitäten, die nachhaltig oder pflanzenbasiert sind oder einen gesundheitsorientierten Zusatznutzen bieten wie etwa türkischer Kaffee mit dem Bindegewebeweiß Kollagen. Wie relevant solche Aspekte sind, zeigt ein Blick auf die im Oktober in Köln zu Ende gegangene Leitmesse Anuga. Sie hatte mit rund 4.600 Ausstellern

zwar deutlich weniger Messestände als die Vorläuferveranstaltung 2019, doch 2.000 der diesjährigen Aussteller waren auf biologische Nahrungsmittel, regionale Produkte und fairen Handel spezialisiert.

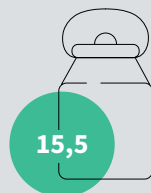
In Deutschland wird der Biomarkt vielfach noch als Nische betrachtet – und das ist er auch mit zuletzt 6,4 Prozent Anteil am heimischen Lebensmittelmarkt (siehe iwd 9/2021). Global sieht die Prognose jedoch etwas anders aus: Eine Studie des amerikanischen Marktforschungsunternehmens Global Industry Analysts (GIA) kommt zu dem Ergebnis, dass der internationale Markt für Bioprodukte kräftig wachsen wird: Für das Jahr 2020 schätzt GIA den weltweiten Umsatz auf 198 Milliarden Dollar, 2027 sollen bereits 496 Milliarden Dollar erzielt werden. Allein für Obst und Gemüse aus biologischem Anbau rechnen die Marktforscher mit einer jährlichen

Ernährungsindustrie: Mehr als Fleisch, Milch und Brot

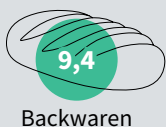
So viel Prozent des Gesamtumsatzes in Höhe von 185 Milliarden Euro, den die deutsche Ernährungsindustrie im Jahr 2020 erzielte, entfielen auf diese Produktgruppen



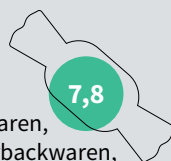
Fleisch und
Fleischprodukte



Milch und
Milchprodukte



Backwaren



Süßwaren,
Dauerbackwaren,
Speiseeis



Verarbeitetes Obst
und Gemüse

Fertiggerichte, sonstige Nahrungsmittel	6,3
Tiernahrung	6,0
Alkoholische Getränke	5,8
Erfrischungsgetränke und Mineralwasser	4,6
Mühen und Stärke	3,6
Öle und Fette	3,2
Kaffee und Tee	2,3
Würzen und Soßen	2,3
Fisch und Fischprodukte	1,3
Zucker	1,1
Teigwaren	0,3

Wachstumsrate von knapp 15 Prozent. In den Segmenten Biofleisch, -fisch und -geflügel wird der Umsatz in den kommenden sieben Jahren der Prognose zufolge sogar um jährlich mehr als 15 Prozent steigen.

In Deutschland verdient die Ernährungsindustrie das meiste Geld mit Fleisch – in der Regel aus konventioneller Haltung. Obwohl Fleischersatzprodukte wie pflanzenbasierte Hähnchen-Nuggets und Hackbällchen aus Erbsenprotein boomen, entfällt der größte Umsatzanteil auf klassische Schnitzel und Leberwurst (Grafik Seite 2):

Im Jahr 2020 erzielte die deutsche Ernährungsindustrie fast ein Viertel ihres Gesamtumsatzes von rund 185 Milliarden Euro mit Fleisch und Fleischprodukten.

Zum Vergleich: Der Umsatzbringer Nummer zwei, das sind Milch und Milchprodukte, kommt nur auf einen Marktanteil von rund einem Sechstel. Und Backwaren, die das drittgrößte Marktsegment bilden, tragen lediglich 10 Prozent zum Umsatz bei.

Die deutsche Ernährungsindustrie ist mit mehr als 6.100 meist kleinen und mittelständischen Betrieben der viertgrößte Industriezweig hierzulande. Während des ersten Lockdowns 2020 war die Systemrelevanz der Branche plötzlich für jeden spürbar, viele Verbraucher kauften aus Angst vor Versorgungsengpässen große Mengen an Konserven und haltbaren Grundnahrungsmitteln wie Mehl und Zucker. Diese Hamsterkäufe trugen dazu bei, das Minus im Exportgeschäft sowie den Umsatzrückgang von 35 Prozent im Außer-Haus-Markt zu kompensieren. Zu Letzterem zählen Gastronomie und Hotellerie, die für die Zubereitung von Speisen vielfach auf vorverarbeitete Produkte zurückgreifen.

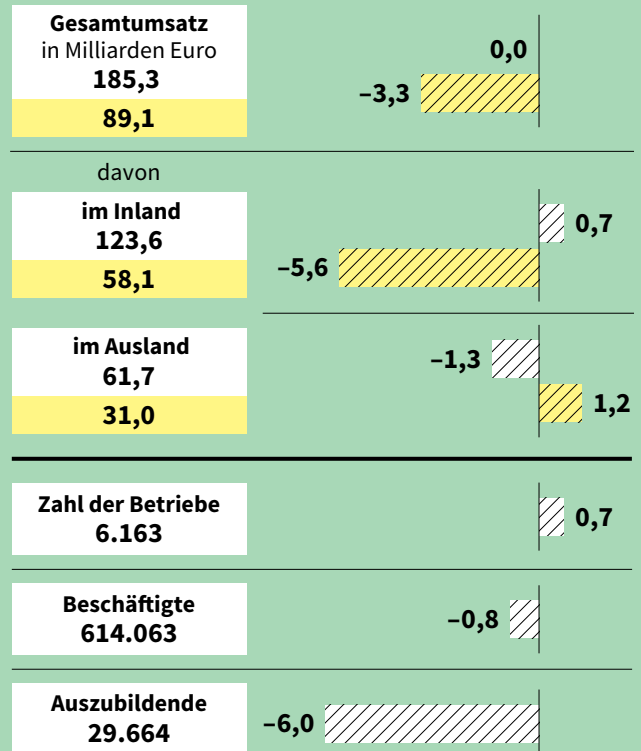
Im zweiten Jahr der Pandemie haben sich die Lebensmitteleinkaufsgewohnheiten der Bundesbürger wieder normalisiert (Grafik):

Weil keine Hamsterkäufe mehr getätigt wurden und die Gastronomie viele Wochen lang geschlossen war, ist der Inlandsatz der deutschen Ernährungsindustrie im ersten Halbjahr 2021 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um fast 6 Prozent geschrumpft.

Dagegen hat sich das Exportgeschäft – ein Drittel des Gesamtumsatzes erzielt die Branche im Ausland – im ersten Halbjahr 2021 wieder erholt. Rund 70 Prozent des ausländischen Umsatzes entfallen auf Lieferungen an andere EU-Staaten – allen voran die Niederlande, gefolgt von Frankreich, Italien und Österreich. Knapp 14 Prozent des Auslandsatzes wurden zuletzt in europäischen Ländern außerhalb der EU wie dem Vereinigten Königreich, der Schweiz, Russland und Norwegen erzielt und knapp 10 Prozent in Asien.

Deutsche Ernährungsindustrie in Zahlen

- 2020
- Januar bis Juni 2021
- ▨ Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent
- ▧ Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum in Prozent



Betriebe: ab 20 Mitarbeitern

Quelle: Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

Vom Rohstoff zum Lebensmittel

Tiefkühlpizzen wachsen nicht an Bäumen: Die rund 6.000 deutschen Unternehmen der Ernährungsindustrie verarbeiten Agrarrohstoffe zu Lebensmitteln. Rund drei Viertel dieser Rohstoffe stammen aus Deutschland, ein Viertel wird im europäischen und außereuropäischen Ausland eingekauft, da sie in Deutschland nicht in ausreichenden Mengen vorhanden sind oder – wie beispielsweise Kaffee, Kakao und Palmöl – hier nicht angebaut werden können. Neben den Personal- und Energiekosten machen Rohstoffpreise den entscheidenden Kostenanteil in der Produktion verarbeiteter Lebensmittel aus.



Interview. *Bislang war die deutsche Ernährungsindustrie in erster Linie für sichere und günstige Lebensmittel bekannt, nun setzt sie verstärkt auf Nachhaltigkeit. Mit welchen Innovationen Verbraucher rechnen können und ob es vor Weihnachten zu Lieferengpässen bei einzelnen Produkten kommen wird, verrät **Sebastian Beuchel**, Referent für Wirtschaftspolitik bei der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie.*

„Nachhaltigkeit und verarbeitete Lebensmittel sind kein Widerspruch“

Es gibt mittlerweile klimaneutrale Tiefkühlpizza von einem deutschen Hersteller im Supermarkt zu kaufen. Wie funktioniert das, dass ein hoch industrialisiertes Tiefkühlprodukt keinen CO₂-Fußabdruck hinterlässt?

Die klimaneutrale Pizza ist das Resultat aus verschiedenen Anpassungen – bei den Zutaten, der Verpackung, dem Transport und der Energie für die Produktion. So werden für die klimaneutrale Pizza pflanzliche Zutaten verwendet, die einen geringeren CO₂-Verbrauch als tierische Zutaten haben. Die Verpackung besteht zu 95 Prozent aus recyceltem Material und die Energie für den Produktionsprozess wird aus einem anliegenden Windkraftwerk gewonnen. Zudem werden die Emissionen im Transport gesenkt, denn die Zutaten werden überwie-

gend mit der Bahn transportiert. Ganz ohne CO₂ ist die Herstellung jedoch nicht möglich: Die verbleibenden Emissionen werden durch zertifizierte Klimaschutzprojekte ausgeglichen.

Nicht nur Hersteller, auch Verbraucher achten in puncto Ernährung zunehmend auf Nachhaltigkeit. Wenn man das konsequent zu Ende denkt, müssten Konsumenten irgendwann nur noch unverarbeitete Nahrungsmittel einkaufen und selbst zubereiten, oder?

Nachhaltigkeit und verarbeitete Lebensmittel sind kein Widerspruch, denn die Hersteller arbeiten daran, immer klimafreundlicher zu produzieren. Auch verarbeitete Produkte können CO₂-neutral sein, wie das Beispiel der Pizza ja zeigt. Und letztlich gibt unser Lebenswandel es

auch gar nicht her, dass wir als Verbraucher alle Lebensmittel komplett selbst zubereiten.

Hat Corona nicht dazu beigetragen, dass mehr zu Hause gekocht wird?

Einerseits ja: Dadurch, dass mehr Menschen im Homeoffice waren, wurde auch mehr gekocht. Und das wird vermutlich auch so bleiben. Andererseits erlebten aber auch die Essens-Lieferdienste durch Corona einen Boom.

Und wie steht es um die Kochkompetenz?

Ich denke schon, dass auch die Kochkompetenz während der Pandemie zugenommen hat – die vielseitigen Rezept- und Tutorialangebote im Internet und auf den Social-Media-Kanälen haben sicher viele Menschen beim Kochen inspiriert.



Foto: Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie

Gerade ist die Anuga zu Ende gegangen, die weltgrößte Messe für Ernährungswirtschaft und Nahrungsmittelindustrie. Wie zufrieden sind Sie mit dem Messeverlauf?

Wir ziehen ein sehr, sehr positives Fazit, schließlich hat die diesjährige Anuga gezeigt, dass Messen überhaupt wieder möglich sind. Mit rund 70.000 Besuchern und mehr als 4.600 Ausstellern konnte die Anuga zwar nicht an die Werte von 2019 anknüpfen, aber das erstmals angebotene hybride Format der Messe hat sehr gut funktioniert. Wir sind zuversichtlich, dass nach der Fachmesse Anuga nun auch die Internationale Grüne Woche im Januar 2022, die ja eine Verbrauchermesse ist, gut laufen wird.

Viele Branchen klagen aktuell über Probleme mit ihren Lieferket-

ten. Müssen wir uns sorgen, dass an Weihnachten Gänse und Kartoffelklöße knapp werden?

Wir rechnen – Stand heute – nicht damit, dass einzelne Lebensmittel knapp werden. Allerdings hat auch unsere Branche mit steigenden Herausforderungen und Preisen in der Logistik zu kämpfen, vor allem im Schiffs- und Straßenverkehr. Hinzu kommt, dass relativ viele Lkw-Fahrer fehlen, auch in Deutschland. Und auch Container und Verpackungsmaterial sind knapp – all dies führt zwar zu steigenden Kosten in der Lebensmittellogistik, wird aber nicht zu Lieferengpässen für einzelne Lebensmittel führen.

Im ersten Jahr der Pandemie konnten die deutschen Lebensmittelproduzenten ihren Umsatz noch halten, seit Januar 2021 sinkt der Umsatz. Wie kommt das?

Im vergangenen Jahr ist der Inlandsumsatz leicht gestiegen, während die Exporte zurückgegangen sind. Jetzt ist es andersherum: Der Inlandsumsatz sinkt, doch dafür steigen die Ausfuhren, weil sich die Lage langsam wieder normalisiert und wieder mehr Produkte ins Ausland verkauft werden.

Dass wir im ersten Halbjahr 2021 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum einen Umsatzrückgang im Inland verzeichnet haben, hat in erster Linie eine statistische Ursache: Durch die Hamsterkäufe zu Beginn der Pandemie fiel der Inlandsumsatz im ersten Halbjahr 2020 außergewöhnlich hoch aus. Im ersten Halbjahr dieses Jahres haben die Verbraucher wieder in ganz normalem Umfang Essen eingekauft, deswegen fällt das Halbjahresergebnis schwächer aus als 2020.

Und wie lautet Ihre Prognose für das Gesamtjahr 2021?

Die Hersteller sind verhalten optimistisch, was ihre Erwartungen an die Geschäftsentwicklung im weiteren Verlauf des Jahres 2021 betrifft. Auch der ifo Geschäftsklimaindex als Stimmungsbarometer für die Ernährungsindustrie weist aktuell einen durchweg positiven Saldo auf, insbesondere was die Geschäftserwartungen betrifft. Gestützt wird diese Einschätzung durch stabile Erwartungen an die Verkaufspreisentwicklung und das Exportgeschäft.

In Deutschland kommen jährlich bis zu 40.000 neue Lebensmittelprodukte auf den Markt. Haben Sie eine Lieblingsinnovation?

Ich persönlich finde alle Innovationen wichtig, die das Thema Nachhaltigkeit vorantreiben – das reicht von nachhaltigen Verpackungslösungen über neue Rezepturen bis hin zu Prozessinnovationen, die die Energieeffizienz bei der Lebensmittelherstellung verbessern.

Geplant, getan?

Italien. Wie von der EU-Kommission gefordert, hat die italienische Regierung unter Mario Draghi einen Aufbauplan vorgelegt, der zeigt, wie Italien das Geld aus dem Corona-Aufbaufonds der EU nutzen will. Ob die im Plan skizzierten ehrgeizigen Ziele tatsächlich erreicht werden, ist allerdings fraglich.

Die EU hat einen Fonds aufgelegt, der die Folgen der Corona-Krise bekämpfen und die Mitgliedsstaaten dabei unterstützen soll, in Sachen Klimaschutz und Digitalisierung voranzukommen. Damit ein Staat Geld aus der sogenannten Aufbau- und Resilienzfazilität erhalten kann, muss er allerdings einen detaillierten Aufbauplan vorlegen.

Dies hat auch Italien getan, das von der Corona-Pandemie besonders hart getroffen wurde. Das Land erhält nun aus dem EU-Fonds bis zu 192 Milliarden Euro. Davon entfallen 123 Milliarden Euro auf zinsgünstige Darlehen und 69 Milliarden Euro auf

Transfers, die nicht zurückgezahlt werden müssen.

Italien braucht einen klaren Reform- und Investitionsplan aber auch deshalb, weil das Land zum einen bereits vor der Corona-Krise hoch verschuldet war – im Zeitraum 2014 bis 2019 betrug der Schuldenstand relativ konstante 135 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) – und zum anderen in Sachen Wohlstand schon seit Längerem eher Rück- als Fortschritte macht (Grafik):

Das reale BIP je Einwohner lag in Italien im Jahr 2020 mehr als 9 Prozent unter dem Niveau des Jahres 2000 – in ebenfalls krisen-

geplagten EU-Ländern wie Griechenland oder Spanien war die Entwicklung teils deutlich besser.

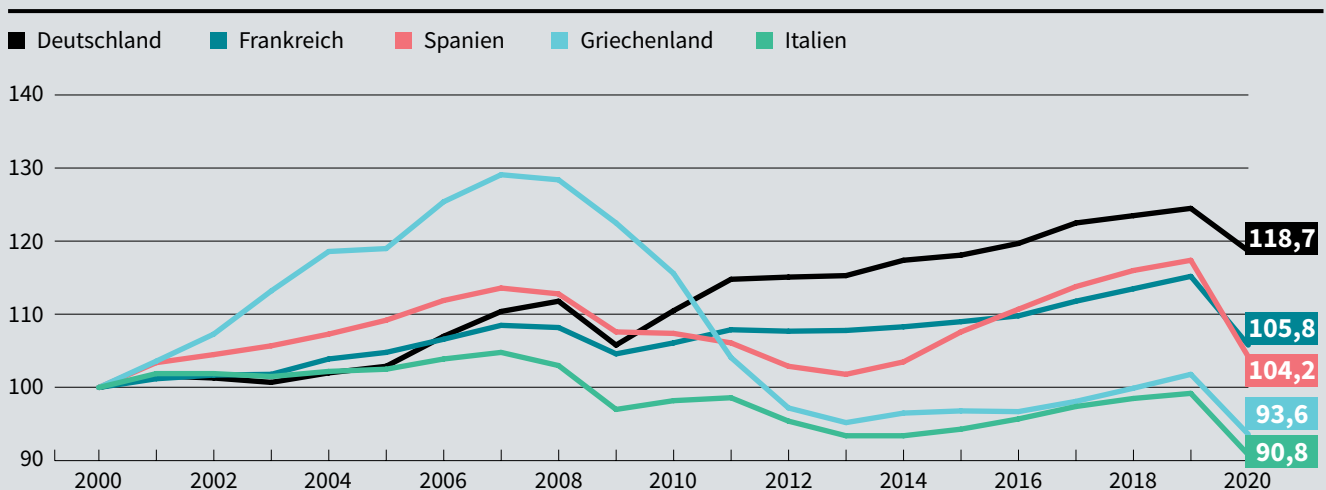
Der von der italienischen Regierung vorgelegte Aufbauplan soll daher nicht nur zu mehr Klimaschutz und Digitalisierung führen, sondern auch den Weg aus der Wachstumschwäche weisen. Einige Eckpunkte des Plans im Überblick:

Infrastruktur und Forschung.

Die Infrastruktur soll vor allem im Süden Italiens ausgebaut werden, im Vordergrund stehen das Kommunikations- und das Bahnnetz. Zudem sollen Forschungsaktivitäten in Bereichen wie der künstlichen

Italien: Deutliche Wohlstandseinbußen

Reales Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, Jahr 2000 = 100



Intelligenz unterstützt werden, wobei es auch darum geht, Forschungsnetzwerke zu fördern und das gewonnene Wissen stärker zu verbreiten.

Arbeitsmarkt. Auf diesem Gebiet hat Italien mit einer Vielzahl von Problemen zu kämpfen. Da ist zum einen die hohe Arbeitslosenquote von mehr als 9 Prozent im Jahr 2020 (Grafik). Zum anderen sind vor allem Frauen nur schlecht in den Arbeitsmarkt integriert:

In Italien betrug die Beschäftigungsquote der 20- bis 64-jährigen Frauen 2020 weniger als 53 Prozent – EU-weit war der Wert nur in Griechenland noch niedriger.

Der Aufbauplan sieht deshalb unter anderem 4,6 Milliarden Euro an Investitionen in bessere Kinderbetreuungsmöglichkeiten vor. Zudem ist ein Programm geplant, das die (Wieder-)Beschäftigungschancen von Arbeitslosen verbessern soll.

Bildung und Qualifizierung. Weil es in Italien vor allem beim Übergang von der Schule in den Arbeitsmarkt hakt, will die Regierung junge Menschen in den berufsbildenden Einrichtungen besser fördern. Außerdem sollen Maßnahmen gegen Schulabbrüche verstärkt sowie Schulgebäude saniert und digital vernetzt werden.

Justizsystem. Gerichtsverfahren in Italien dauern extrem lang und hemmen damit auch das Wirtschaftsleben:

Laut Weltbank vergehen in Italien im Durchschnitt 1.120 Tage, bis ein Justizverfahren abgeschlossen ist – das ist mehr als doppelt so lang wie im Schnitt aller Industrieländer.

Deshalb liegt ein Fokus des Aufbauplans darin, die Verfahren zu verkürzen und effizienter zu gestalten – etwa durch zusätzliche, befristete Stellen und eine Digitalisierung des Justizwesens.

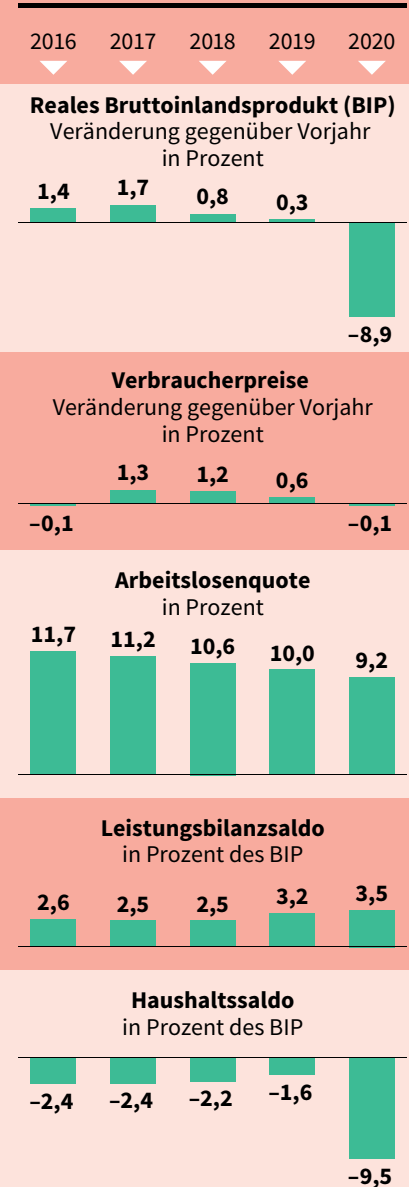
Öffentliche Verwaltung. Italiens Behörden gelten als langsam, ineffizient und sehr bürokratisiert, was auch an den relativ alten und teils fachlich nicht adäquat ausgebildeten Beschäftigten liegt. Die befristete Einstellung junger, gut qualifizierter Angestellter soll deshalb für frischen Wind sorgen. Zudem will die italienische Staatsführung die Auswahlverfahren und Karriereperspektiven verbessern, Verwaltungsvorschriften vereinfachen und die Digitalisierung des Verwaltungsapparats vorantreiben.

Insgesamt hat die Regierung von Mario Draghi mit dem vorgelegten Plan Ehrgeiz bewiesen. Wissenschaftlichen Studien zufolge könnten die Maßnahmen die italienische Wirtschaftsleistung bis Mitte der 2020er Jahre um insgesamt etwa 2 Prozent steigern. Positiv zu werten ist auch, dass Reformen zeitlich vorgezogen werden, sodass die Mittel aus dem EU-Fonds anschließend effizienter genutzt werden können.

Problematisch ist allerdings, dass einige wichtige Maßnahmen recht vage formuliert und die Kostenschätzungen oft schwer nachzuvollziehen sind. Vor allem im Bereich des Arbeitsmarktes greifen die geplanten Reformen zu kurz. So bleibt die Abgabenbelastung des Faktors Arbeit zu hoch und das Tariflohnsystem wird nicht ausreichend flexibilisiert. Auch gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit finden sich im Aufbauplan zu wenige konstruktive Maßnahmen.

Ferner ist angesichts der nur befristeten Aufstockung des Personals in Justiz und Verwaltung zu fragen, was passiert, wenn die EU-Mittel aufgebraucht sind. Ohnehin dürften die Vorhaben nicht ausreichen, um die öffentliche Verwaltung so fit zu machen, dass sie die nötigen Investitionsprojekte gut und zeitig auf die Spur bringen kann. Die größte Sorge besteht darin, dass

Italien in Zahlen



die vorgesehenen Reformen durch Streitigkeiten in der Regierungskoalition in Rom verwässert oder verschleppt werden könnten.

IW-Kurzbericht 74/2021

Jürgen Matthes: Italiens Aufbauplan geht in die richtige Richtung, aber nicht weit genug.

iwkoeln.de/italien_aufbauplan

Überzogene Erwartungen

Erbschaftsteuer. Kritiker wollen die Erbschaftsteuer reformieren und versprechen sich davon höhere Staatseinnahmen. Damit könnten dann, so die Idee, die Steuern der arbeitenden Bevölkerung reduziert werden, was wiederum die Arbeitsanreize erhöhen würde. Tatsächlich wäre dieser Effekt allerdings sehr überschaubar – gleichwohl gibt es gute Gründe, das komplizierte deutsche Erbschaftsteuerrecht zu modernisieren.

Während eine neue Vermögensteuer in den Sondierungen über eine Ampelkoalition erst mal abgeräumt wurde, bleibt die künftige Gestaltung der Erbschaftsteuer vorerst offen. Während bei der Vermögensteuer Häuser, Oldtimer und Gemälde jedes Jahr neu bewertet werden müssen, kommt dies bei der

Erbschaftsteuer in der Regel nur einmal pro Generation vor. Die Erhebungskosten für Staat und Steuerzahler sind damit wesentlich geringer als bei einer Vermögensteuer.

Auch die zu erwartenden Ausweichreaktionen der Vermögenden – im Zweifel verlassen sie Deutschland – sind bei einer Erbschaftsteuer

geringer, da sie nicht jedes Jahr anfällt.

Die weniger schwerwiegenden ökonomischen Folgen sprechen zunächst einmal für die Erbschaftsteuer und gegen eine Vermögensteuer (siehe iwd 16/2021). Allerdings kann die Erbschaftsteuer ebenso die Substanz des Betriebsvermögens angreifen, sofern keine ausreichenden Gewinne erzielt werden.

Ein Blick auf die Konstruktion der deutschen Erbschaftsteuer zeigt, dass der Staat bei Erbschaften und Schenkungen theoretisch einen erheblichen Anteil für sich reklamiert: Die Steuersätze reichen bis zu 50 Prozent. Allerdings greift dieser Höchstsatz eher selten, und zwar aus zwei Gründen:

Wert der Erbschaft und Freibeträge. Der nominale Spitzensteuersatz von 50 Prozent wird nur bei sehr großen Erbschaften ab 26 Millionen Euro in Steuerklasse III erhoben – und das auch nur, wenn kein enges Verwandtschaftsverhältnis besteht. Zudem gibt es umfangreiche Freibeträge von bis zu 500.000 Euro, sodass beispielsweise „Omas Häuschen“ in vielen Fällen steuerfrei übertragen werden kann.

Verschonungsregeln für Betriebsvermögen. Um Investitionen und Arbeitsplätze nicht zu gefährden, können Erben von Betriebsver-

Erbschaftsteuer international

Einnahmen aus der Erbschaftsteuer im Jahr 2019 in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

Frankreich	0,6
Belgien	0,6
Südkorea	0,4
Japan	0,4
Finnland	0,3
Dänemark	0,3
Vereinigtes Königreich	0,2
Deutschland	0,2
Spanien	0,2
Niederlande	0,2
Luxemburg	0,2
Schweiz	0,2
Island	0,2
Irland	0,2
USA	0,1
Griechenland	0,1

Quelle: OECD
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

mögen unter bestimmten Bedingungen eine Begünstigung geltend machen, die zu einer deutlich geringeren Besteuerung führt.

Diese Regelungen bewirken, dass die effektive Steuerbelastung von geerbten Vermögen deutlich geringer ist, als es der nominale Höchstsatz vermuten lässt (Grafik):

Im Durchschnitt beliefen sich die Einnahmen aus der Erbschaft- und Schenkungsteuer in Deutschland 2020 nur auf 8,6 Prozent der zu steuernden Vermögenswerte.

Dabei bestehen allerdings große Unterschiede. Handelte es sich ausschließlich um Erbschaften, betrug die effektive Steuerbelastung 12,7 Prozent, waren es nur Schenkungen, kassierte der Staat lediglich 3,9 Prozent. Der Grund: Schenkungen werden offenbar strategisch eingesetzt, um die Steuerbefreiung von Betriebsvermögen zu nutzen.

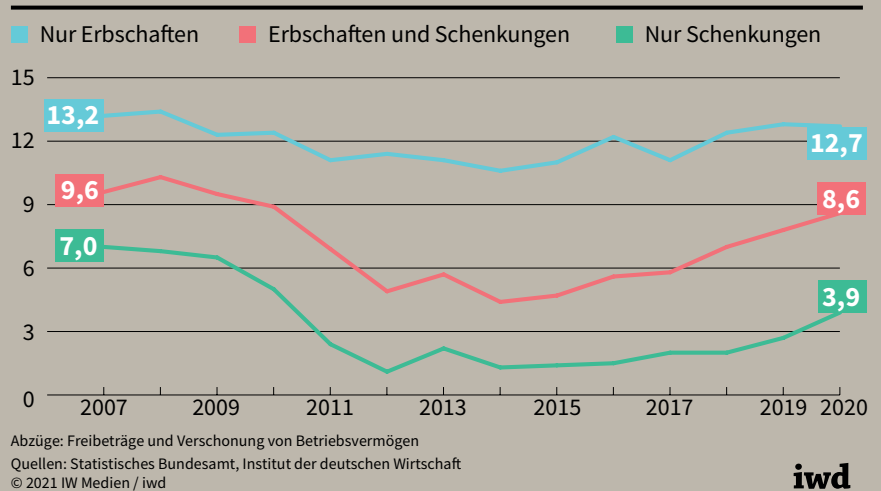
Alles in allem machten die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer im Jahr 2019 rund 0,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus (Grafik Seite 8) – in sieben von 37 OECD-Ländern war der Anteil höher, elf erheben keine Erbschaftsteuer.

Das Flat-Tax-Modell. Viele Reformbefürworter schlagen vor, statt der komplizierten und undurchsichtigen Verschonungsregeln ein einfaches und transparentes System einzuführen, sprich die Bemessungsgrundlage der Erbschaftsteuer zu vergrößern, indem Betriebsvermögen und selbst genutzte Immobilien nicht mehr befreit und die Freibeträge gekappt werden. Zudem sollen die Steuersätze auf 10 bis 20 Prozent reduziert werden.

Ohne eine Begünstigung von Betriebsvermögen würde ein solches Flat-Tax-Modell alle geerbten Vermögensgegenstände im Grundsatz gleich besteuern. Das würde die Bemessungsgrundlage in der Tat deutlich vergrößern, denn etwa 40 Pro-

Erbschaften und Schenkungen: Die Steuerbelastung in Deutschland

Steuereinnahmen in Prozent des Werts der Erbschaften und Schenkungen vor Abzügen



zent der steuerpflichtigen Erbschaften und Schenkungen sind steuerlich verschontes Betriebsvermögen.

Wenn die derzeitigen Verschonungsregeln gekappt werden, führt das allerdings zugleich zu enormen Belastungen der Betriebe und entsprechenden wirtschaftlichen Konsequenzen. Deshalb wären zinsfreie Stundungsregeln wichtig, damit Unternehmen im Erbfall aufgrund der Steuerforderung nicht in Zahlungsschwierigkeiten geraten.

Entlastung bei Steuern und Abgaben. Die Mehreinnahmen könnten, so die Idealvorstellung, dazu verwendet werden, die hohe Steuerbelastung des Faktors Arbeit zu senken. Allerdings wäre dieser Effekt überschaubar. Bei einem fixen Erbschaftsteuersatz von 10 Prozent würde es kaum Mehreinnahmen geben, bei einem Satz von 20 Prozent immerhin ein jährliches Plus von schätzungsweise 9 Milliarden Euro – doch gemessen an den gesamten Steuereinnahmen des Staates sind selbst das nur rund 1 Prozent.

Im Grundsatz wäre eine derartige Verschiebung der Belastung zwar

vielversprechend. Denn im internationalen Vergleich wird der Arbeitslohn in Deutschland relativ stark mit Steuern und Sozialabgaben belastet. Eine Senkung könnte es attraktiver machen, eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung anzustreben oder die eigene Arbeitszeit auszuweiten. Mit 9 Milliarden Euro kommt man allerdings nicht weit:

Das Arbeitszeitvolumen in Deutschland würde sich schätzungsweise in einer Größenordnung von knapp 50.000 Vollzeitbeschäftigten erhöhen – das sind 0,15 Prozent der derzeit gut 33,3 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Von daher sprechen Effizienz, Transparenz und Verständlichkeit von Steuergesetzen für eine Reform der Erbschaftsteuer – als Quelle zusätzlicher Staatseinnahmen und als Hebel für mehr Beschäftigung taugt sie dagegen kaum.

IW-Policy Paper 18/2021

Martin Beznoska, Tobis Hentze: Eine Abschätzung des Potenzials der Erbschaftsteuer zur Entlastung des Faktors Arbeit
iwkoeln.de/erbschaftsteuer

Ohne Zuwanderer sieht der Arbeitsmarkt alt aus

Demografie. Dass Deutschland ein Demografieproblem hat, ist nicht neu. Tatsächlich aber sind die Prognosen für die Bundesrepublik hinsichtlich der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ziemlich ungünstig – gerade auch im Vergleich mit den anderen EU-Ländern. An einer nationalen Politik zur Demografievorsorge und Fachkräftesicherung führt daher kein Weg vorbei.

Sie spielen in der Fußball-Nationalmannschaft, pflegen Alte und Kranke oder unterrichten den Nachwuchs: Ohne Zuwanderer sähe der deutsche Arbeitsmarkt ganz schön alt aus.

Die Redewendung ist hier durchaus wörtlich zu verstehen: Anfang

2020 befanden sich knapp 60 Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, waren also zwischen 20 und 64 Jahre alt. Und mehr als ein Fünftel (21,2 Prozent) waren Zuwanderer: In den vergangenen Jahren gab es insbesondere aus Polen, Rumänien und Bulgarien eine starke

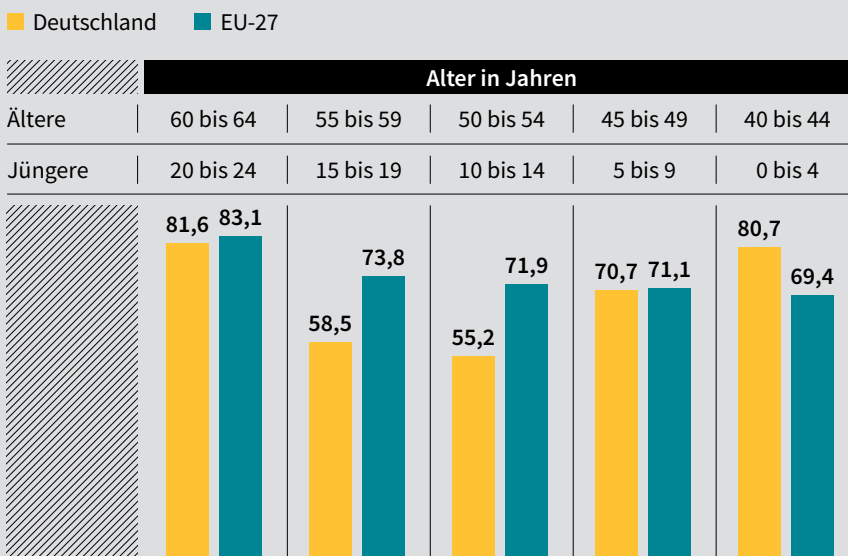
Nettozuwanderung, die zu großen Teilen aus Erwerbsgründen erfolgt ist und sich damit besonders positiv auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt hat.

Insgesamt sind in den zehn Jahren von 2011 bis 2020 unter dem Strich 4,36 Millionen Menschen in die Bundesrepublik zugewandert, wenn man die Zuzüge mit den Fortzügen verrechnet.

Doch so beeindruckend diese Zahl auch aussehen mag, die Probleme auf dem deutschen Arbeitsmarkt sind – schon heute – noch größer. Denn die Zuwanderung der vergangenen Jahre hat nicht ausgereicht, um die immer gravierenden Fachkräfteengpässe auszugleichen, wie sie etwa in vielen MINT-Berufen – also in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik – oder im Handwerk vorherrschen. Und der Blick nach vorn stimmt nicht eben zuversichtlich: Wie gewaltig die demografischen Herausforderungen in Deutschland sind, zeigt ein Blick auf die aktuelle Altersverteilung, die nicht zuletzt das Verhältnis der aus dem Arbeitsmarkt ausscheidenden und nachrückenden Kohorten

Altersrelationen: Es mangelt an Nachwuchs

Ende Januar 2021 standen jeweils 100 Älteren so viele Jüngere gegenüber



Quellen: Eurostat, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

abbildet. Sie verheißt für die Zukunft nichts Gutes (Grafik Seite 10):

Auf 100 Personen zwischen 55 und 59 Jahren kommen in Deutschland derzeit nur 59 im Alter von 15 und 19 Jahren – das ist der EU-weit niedrigste Wert für diese Altersrelation.

Ohne Zuwanderung können also nur sechs von zehn der 55- bis 59-Jährigen, die in den nächsten Jahren aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden werden, durch die nachrückende Generation ersetzt werden. Noch ungünstiger sieht es in Deutschland bei den 50- bis 54-Jährigen aus: 100 Personen dieser Altersgruppe stehen 55 Zehn- bis 14-Jährige gegenüber, das ist ebenfalls der niedrigste Wert aller 27 EU-Mitgliedsstaaten.

Wenn es Deutschland nicht gelingt, in den nächsten Jahren in großem Maß Zuwanderer zu gewinnen, wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter stark zurückgehen. Wie die diesbezügliche Entwicklung konkret aussehen könnte, zeigt das IW anhand der europäischen Bevölkerungsvorausberechnung auf, die verschiedene Migrationsszenarien berücksichtigt. Für Deutschland ist die Perspektive in keinem Fall günstig (Grafik):

Wenn das wahrscheinlichste Migrationsszenario eintritt, sinkt die Bevölkerungszahl im erwerbsfähigen Alter in Deutschland bis 2030 um 6,8 Prozent – noch größer wäre das Minus nur in sechs anderen EU-Ländern.

In fünf Ländern dagegen würde in diesem Szenario die Zahl der 20- bis 64-Jährigen weiter steigen: in Malta, Irland, Luxemburg, Schweden und Zypern.

Und was passiert, wenn es gar keine Zuwanderer mehr gibt? Ganz ohne Migranten würde in Deutschland bis 2030 die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter um rund

Bevölkerungsentwicklung: Wir werden auch künftig weniger

Um so viel Prozent wird die Zahl der 20- bis 64-Jährigen zwischen 2020 und 2030 in den EU-Staaten wachsen bzw. schrumpfen, wenn ...

	... das wahrscheinlichste Migrationsszenario eintritt	... es keine Migration gibt
1. Malta	12,7	Irland 3,0
2. Irland	10,5	Schweden -1,5
3. Luxemburg	7,0	Frankreich -1,8
...		
6. Spanien	-0,2	
7. Frankreich	-1,0	
...		
12. ...		Spanien -6,2
...		
15. Italien	-4,0	
...		
21. Deutschland	-6,8	Italien -8,9
...		
25. Bulgarien	-11,0	Lettland -10,2
26. Litauen	-15,2	Deutschland -11,2
27. Lettland	-16,0	Litauen -12,0

Länderauswahl: die drei Länder mit dem größten Bevölkerungsplus bzw. -minus sowie Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien

Quellen: Eurostat, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd



11 Prozent schrumpfen, ein Minus, das innerhalb der EU nur noch von Litauen (minus 12 Prozent) übertroffen werden würde. Ohne Zuwanderung würde es mittelfristig in nahezu allen EU-Staaten zu starken Rückgängen der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter kommen, wobei neben Deutschland vor allem die südeuropäischen Länder besonders betroffen wären. Deutlich positiver stellt sich dagegen die Lage in Nord- und Westeuropa dar. In Frankreich beispielsweise würde die Zahl der Einwohner im erwerbsfähigen Alter auch ohne künftige Zuwanderung bis 2030 nur um knapp 2 Prozent zurückgehen.

Da sich die EU-Staaten also ziemlich unterschiedlichen Bevölkerungsprognosen gegenübersehen, erscheint es weder realistisch noch

sinnvoll, eine gemeinsame Demografievorsorge- und Fachkräftesicherungspolitik auf EU-Ebene zu gestalten. Eine Abstimmung untereinander ist zwar notwendig, doch Deutschland muss angesichts der großen Demografie- und Fachkräftesicherungsprobleme eigene Strategien für ein auskömmliches Bevölkerungswachstum entwickeln. Dazu zählen beispielsweise die gezielte Ansprache von Fachkräften aus dem Ausland, die Ausgestaltung rechtlicher Zugangswege sowie Qualifizierungsangebote für Zuwanderer.

IW-Report 38/2021

Wido Geis-Thöne: In Europa entwickeln sich die Bevölkerungen im erwerbsfähigen Alter unterschiedlich
iwkoeln.de/demografische-strukturen

Interview. Deutschlands Bevölkerung schrumpft, vor allem die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter wird künftig kleiner. Deshalb müssen deutlich mehr Hochqualifizierte aus Drittstaaten zuwandern, sagt IW-Demografieexperte **Wido Geis-Thöne**. Mittelfristig sollte Deutschland seine Fachkräfte aus dem Ausland auch verstärkt selbst ausbilden.

„Die Lage ist schlimmer als gedacht“



Foto: IW Medien

Was passiert, wenn es in Deutschland bis 2030 nicht mehr Zuwanderer gibt als bislang?

Ein ganz großes Thema wird die Versorgung betreffen: Wir haben heute schon Fachkräftengpässe im Handwerk, es gibt beispielsweise viel zu wenige Elektriker und Sanitärfachleute. Vor allem in Regionen, die besonders stark vom demografischen Wandel betroffen sind wie in Teilen Ostdeutschlands, dürfte es künftig schwer werden, einen Handwerker für solche Arbeiten zu finden.

Auch in der Industrie drohen wir in einen stärkeren Fachkräftengpass hineinzulaufen. Das wird man teilweise mit einer stärkeren Technisierung abfangen können, doch man muss damit rechnen, dass die Wirtschaft bis zu einem gewissen Grad schrumpfen wird, wenn Fachleute fehlen. Das Kernproblem ist dabei, dass die Bevölkerungszahl nicht parallel dazu sinkt: So stehen einer steigenden Zahl an Rentnern künftig wesentlich weniger Beitragszahler in der gesetzlichen Rentenversicherung gegenüber. Selbst bei einem deutlich steigenden Renteneintrittsalter wird es sehr schwer werden, die öffentlichen Leistungen in ihrer jetzigen Form weiter zu finanzieren.

Wie könnte Deutschland denn Anreize setzen, damit mehr Fach-

kräfte aus dem Ausland hierherkommen?

Zuerst muss man in Deutschland mal verstehen, dass die Lage schlimmer ist, als man sie sich für gewöhnlich vorstellt. In den letzten Jahren hatten wir eine sehr starke arbeitsmarktbezogene Zuwanderung aus der EU, vor allem aus Polen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Kroatien. All diese Länder sind aber selbst vom demografischen Wandel betroffen, sodass es hier kaum mehr in ähnlichem Maße wie in der Vergangenheit Personen geben wird, die zu uns kommen können. Die Erwerbszuwanderung aus Drittstaaten, die bisher keine ganz so große Rolle spielt, muss also nicht nur die Zahl der ins Land kommenden Fachkräfte weiter stärken, sondern auch die erwerbsbezogene Zuwanderung aus der EU per saldo zu einem großen Teil ersetzen.

Das ließe sich doch ganz einfach lösen: indem man die Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen möchten, reinlässt.

Für die Fluchtmigration sollten allein humanitäre Gründe ausschlaggebend sein. Fachkräftezuwanderung sollte sich hingegen an den gesuchten Qualifikationen orientieren oder an der Möglichkeit, diese in einem überschaubaren Zeitraum in Deutschland erwerben zu können. Zwar leisten auch Geflüchtete einen

Beitrag zur Fachkräftesicherung, allerdings sind immer noch nur 33 Prozent der Personen im erwerbsfähigen Alter aus den Hauptherkunftsländern der Asylsuchenden sozialversicherungspflichtig beschäftigt – im Vergleich zu 57 Prozent bei den Personen aus den neuen EU-Mitgliedsländern.

Müssen nicht ohnehin viele Zuwanderer nachqualifiziert werden?

Nicht unbedingt. Es gibt zum Beispiel hochqualifizierte Zuwanderer aus Indien, die als Ingenieure oder Informatiker Deutschland sofort in hohem Maße weiterhelfen, ganz ohne Nachschulungen. Auch die Zuwanderer aus den Westbalkanländern, die ein viel niedrigeres Qualifikationsniveau mitbringen, finden meist direkt einen passenden Job.

Wichtig ist nur, dass die Zuwanderung tatsächlich arbeitsmarkt- oder ausbildungsbezogen erfolgt. Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das 2020 in Kraft getreten ist, haben wir beim rechtlichen Rahmen einen Riesenschritt gemacht. Allerdings fiel sein Inkrafttreten mit dem ersten Lockdown zusammen. Deshalb können wir noch nicht sagen, wie gut das neue System insbesondere auch mit Blick auf die relativ komplizierte Anerkennung beruflicher Qualifikationen in der Praxis funktioniert. Da muss man abwarten, bis es wieder so etwas wie einen Normalzustand gibt.

Weniger für alle

Einkommensteuer. In der Steuerpolitik haben die Parteien einer möglichen Ampelkoalition sehr unterschiedliche Pläne. Doch unüberbrückbar sind die Differenzen nicht – das IW hat einen Kompromissvorschlag erarbeitet, der für alle drei Parteien tragbar sein müsste – und der keinen Steuerzahler schlechterstellt als bisher.

Ein Konfliktfeld in den Koalitionsverhandlungen zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP dürfte – trotz grundsätzlicher Einigung im Sondierungspapier – die Steuerpolitik sein, schließlich haben die drei Parteien laut ihren Wahlprogrammen ganz unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie künftig der Einkommensteuertarif in Deutschland gestaltet sein soll (siehe Artikel „Normalverdiener sollen weniger Einkommensteuer zahlen“ auf iwd.de).

Ausgeschlossen haben die Verhandlungspartner, die Einkommensteuer zu erhöhen. Ob aber eine Reform möglich ist, die die Steuerbelastung senkt, wird davon abhängen,

ob alle Beteiligten bereit sind, zu geben und zu nehmen. Kommen SPD und Grüne beispielsweise den Liberalen bei deren Forderung entgegen, den Solidaritätszuschlag auch für höhere Einkommen abzuschaffen, könnte der Weg frei werden für eine Erhöhung des Spitzen- und des Reichensteuersatzes.

Verhandlungen nach diesem Muster könnten eine Reform ermöglichen, die keinen Steuerzahler stärker belastet als heute, wobei vor allem Durchschnittsverdiener weniger zahlen müssten als bislang. Das IW hat einen solchen möglichen Reformkompromiss ausgearbeitet und in Zahlen gegossen (Grafik):

Ein Single würde dem IW-Reformkompromiss zufolge je nach Einkommen jährlich zwischen gut 100 und rund 2.350 Euro weniger Einkommensteuer – einschließlich Solidaritätszuschlag – zahlen.

In Relation zum Jahresbruttoeinkommen läge die Entlastung zwischen 0,1 und 1,7 Prozent, wobei der Wert bei einem Einkommen von 80.000 Euro am höchsten wäre.

Auf den ersten Blick mag es so aussehen, als ob die Beziehender niedrigerer Einkommen bei der Reform relativ schlecht wegkämen. Allerdings ist für die unteren beiden Einkommenskategorien der Solidaritätszuschlag bereits zu Beginn des Jahres 2021 vollständig weggefallen.

Das Steueraufkommen würde im Zuge der modellierten Reform um etwa 17 Milliarden Euro sinken, was gemessen an den ursprünglichen Plänen der FDP (75 Milliarden Euro) moderat wäre. Außerdem dürften die Einnahmeausfälle für den Fiskus auf längere Sicht geringer werden, da die Reform bessere Arbeitsanreize schafft. Mehr Beschäftigung aber bedeutet höhere Einkommen und zusätzlichen Konsum, was wiederum die Steuereinnahmen steigen lässt.

Einkommensteuer: Reformkompromiss könnte alle Steuerzahler entlasten

Wenn eine mögliche Ampelkoalition dem Kompromissvorschlag des IW zur Einkommensteuerreform folgt, könnte ein Single mit diesem Bruttojahreseinkommen jährlich um so viel Euro entlastet werden

■ in Prozent des Bruttojahresgehalts

Geringes Einkommen (25.000 Euro)	107	0,4
Mittleres Einkommen (50.000 Euro)	370	0,7
Hohes Einkommen (80.000 Euro)	1.338	1,7
Sehr hohes Einkommen (150.000 Euro)	2.358	1,6
Reichensteuerzahler (300.000 Euro)	1.252	0,4
Einkommensmillionär (1.000.000 Euro)	1.077	0,1

IW-Kompromissvorschlag zur Einkommensteuer: Erhöhung des Grundfreibetrags von 9.984 auf 10.500 Euro, Spitzensteuersatz von 42 Prozent greift erst ab 70.000 Euro, Spitzensteuersatz steigt ab 90.000 Euro auf 44,5 Prozent, Reichensteuersatz steigt auf 47,5 Prozent und greift ab 250.000 Euro, Solidaritätszuschlag wird vollständig gestrichen

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 79/2021

Martin Beznoska, Tobias Hentze: Möglicher Kompromiss einer Reform der Einkommensteuer in einer Ampel-Koalition
iwkoeln.de/einkommensteuer_ampel

Die Grünstromlücke verhindern

Erneuerbare Energien. Die hohen Strom- und Benzinpreise heizen die aktuelle Debatte zum Klimaschutz ordentlich an, doch gerade bei diesem Thema darf die künftige Bundesregierung nicht lange zaudern. Denn Deutschland droht eine Grünstromlücke, sollten die Ausbauziele der Erneuerbaren nicht zügig an den steigenden Strombedarf angepasst werden.

Zum Jahreswechsel wird die EEG-Umlage, die den Strompreis derzeit verteuert, deutlich sinken. Klingt erst mal nach einem guten Zeichen für den Verbraucher – und auch für den Klimaschutz: Durch die Umstellung von energieintensiven Prozessen auf Strom lassen sich auch im Industriesektor große Mengen an CO₂ einsparen, vorausgesetzt, es handelt sich um Ökostrom. Und genau hier liegt derzeit das Problem:

Die neue Bundesregierung müsste den Ausbau der erneuerbaren Energien massiv vorantreiben, damit im Jahr 2030 keine Grünstromlücke droht.







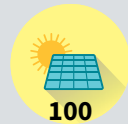
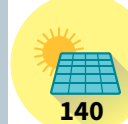

Die Anfang 2021 in Kraft getretene EEG-Novelle beruht auf der Annahme eines konstanten Stromverbrauchs bis 2030. Da aber der Bedarf an sauberem Strom steigt, zum Beispiel für Elektroautos oder Wärmepumpen, geht diese Rechnung nicht mehr auf. Das hat zuletzt auch das Bundeswirtschaftsministerium erkannt und in einem ersten Schritt den erwarteten Stromverbrauch bis 2030 um 15 Prozent angehoben. Wird aber nicht gleichzeitig der Ausbau der Erneuerbaren stärker vorangetrieben, droht Deutschland im Jahr 2030 eine Grünstromlücke zwischen etwa 80 und 100 Terawattstunden – das würde 14 bis 17 Prozent des durchschnittlichen Stromverbrauchs der vergangenen Jahre entsprechen. Jede fehlende Kilowattstunde Ökostrom müsste dann durch konventionell erzeugte Energie ausgeglichen werden.

Die Folge liegt auf der Hand: Deutschland würde weniger CO₂ einsparen und das selbst gesteckte Klimaziel reißen – nämlich bis 2030 die CO₂-Emissionen im Energiesektor um mehr als 60 Prozent zu reduzieren. Das IW hat deshalb ein Szenario erstellt, wie der zusätzliche Ausbau konkret aussehen müsste, damit Deutschland sein Klimaziel bis 2030 noch erreichen kann (Grafik):

Die Leistung der Windkraftanlagen an Land müsste um knapp 90 Gigawatt steigen, die der Windanlagen vor der Küste um 25 und die der Solarenergie um mindestens 140 Gigawatt.

Wie das Klimaziel im Energiesektor noch erreicht werden kann

Nach den Klimazielen der Bundesregierung sollen bis 2030 die CO₂-Emissionen im Energiesektor um mehr als 60 Prozent reduziert werden. Dafür ist ein Zubau von erneuerbaren Energien erforderlich, der über das im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) von 2021 genannte Ziel hinausgeht.

	Geplantes Ausbauziel bis 2030 nach dem EEG 2021 in Gigawatt	Mindestens notwendig zur Erreichung des Klimaziels, in Gigawatt	Dadurch eingesparte CO ₂ -Emissionen in Millionen Tonnen
Windenergie an Land	 71	 86	 21
Windenergie auf See	 20	 25	 10
Solarenergie	 100	 140	 25

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

Ein neuer Koalitionsvertrag müsste die drohende Versorgungslücke von grünem Strom also verhindern und die Ausbauziele deutlich anheben:

Werden die erneuerbaren Energien in dem Maße ausgebaut, wie es die IW-Berechnungen vorgeben, könnten knapp 60 Millionen Tonnen CO₂ zusätzlich eingespart werden – das entspräche etwa dem jährlichen Treibhausgasausstoß Irlands.

Gleichzeitig muss die neue Regierung aber auch die Weichen stellen, damit der zusätzliche Ausbau überhaupt funktionieren kann. So bedarf es beispielsweise verbindlicher Zusagen über Flächen für Windenergie und weniger Hürden im Planungsrecht.

IW-Kurzbericht 78/2021

Andreas Fischer: Die ökologischen Kosten des schleppenden Ausbaus
iwkoeln.de/klimaschutz

Interview. Die ersten vorsichtigen Formulierungen im aktuellen Sondierungspapier der möglichen Ampel-Koalitionäre deuten ein schnelleres Tempo beim Klimaschutz an. Beschlossen scheint dabei die schnelle Abschaffung der EEG-Umlage zu sein. Im Interview erklärt Energieökonom **Andreas Fischer** vom Institut der deutschen Wirtschaft, wieso dieser Schritt richtig ist und worauf es bei der staatlichen Förderung der Erneuerbaren künftig ankommt.



Foto: IW Medien

„Je schneller auf null, desto besser“

Die EEG-Umlage hat es ermöglicht, dass sich die erneuerbaren Energien in Deutschland überhaupt etablieren konnten. Warum ist sie jetzt das Schmutzkind, das keiner mehr will?

Das EEG hat einerseits dafür gesorgt, dass es mit den erneuerbaren Energien erst richtig los ging und dass es sich für Betreiber überhaupt gelohnt hat, Anlagen zu bauen. Andererseits ist die Umlage in den letzten Jahren so hoch ausgefallen, dass der Strom einfach zu teuer wurde. Die Energiewende braucht aber den Wechsel zum potenziell klimafreundlicheren Energieträger Strom – nur muss man sich das eben auch leisten können. Momentan wird der Verbraucher durch den Wechsel von Gas, Kohle und Öl auf sauberen Strom zu stark belastet und das sollte nicht sein.

Die zügige Abschaffung der Umlage scheint beschlossene Sache.

Wie schnell es am Ende wirklich geht, wird sich zeigen. Die Abschaf-

fung macht aber Sinn, schließlich erleben wir schon jetzt einen deutlichen Rückgang. Zum Jahreswechsel sinkt die Umlage um gut 40 Prozent. Grundsätzlich gilt deswegen: je schneller auf null, desto besser.

Würde sich dadurch für die Betreiber von bestehenden Anlagen etwas ändern?

Nein, auch wenn die EEG-Umlage abgeschafft wird, bekommen Betreiber die garantierte Förderung weiter ausgezahlt. Das sind zwei verschiedene Paar Schuhe: Bei der Abschaffung der EEG-Umlage sollen nur die Kosten des Erneuerbare-Energien-Ausbaus nicht mehr auf den Verbraucher abgewälzt werden. Die Förderung soll weiterhin durch Mittel aus dem Haushalt und den Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung sichergestellt werden.

Wie sieht die staatlich garantierte Förderung von erneuerbaren Energien künftig aus – brauchen die Anlagenbetreiber bald überhaupt noch Zuschüsse?

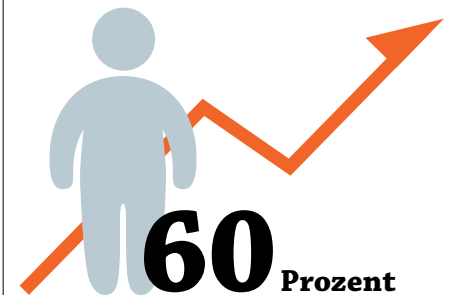
Es hängt vieles davon ab, wie sich der Strompreis entwickelt. Natürlich fällt die Förderung für Erneuerbare in Zeiten ohnehin hoher Energiepreise nicht sehr üppig aus, da den Anlagenbetreibern schließlich die Differenz zwischen Einnahmen am Strommarkt und den Kosten der Energieerzeugung gezahlt wird. Bei den Strompreisen der vergangenen Wochen braucht keine Windanlage auch nur einen Cent Förderung. Das ist allerdings eine Momentaufnahme. Es gibt auch schon einige Beispiele, bei denen gar keine finanzielle Förderung mehr beantragt wurde, beispielsweise bei Windanlagen auf See.

Wenn wir also längere Zeit hohe Kosten für Kohle und Gas haben, dann finanzieren sich die Erneuerbaren von allein. Aber: Wenn die Energiepreise wieder runtergehen, wird die Förderung wieder nötig. Langfristig wird es spannend, wie die Koalition den weiteren Übergang gestalten will, um die Erneuerbaren ganz in den Markt zu kriegen.

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · **Präsident:** Arndt Günter Kirchhoff · **Direktor:** Prof. Dr. Michael Hüther · **Mitglieder:** Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Kamann, Florian Janssen, Alexander Weber
Grafik: IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 11,89/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Aboservice:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · **Telefon:** 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · **Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über:** lizenzen@iwkoeln.de · **Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail:** datenschutz-iwd@iwmedien.de.



Zahl der Woche

mehr Kinder und Jugendliche als im Jahr zuvor wurden 2020 aufgrund von Übergewicht in deutschen Krankenhäusern behandelt. Der Kinder- und Jugendreport der DAK-Gesundheit zeigt, dass die Zahlen vor allem nach dem zweiten Corona-Lockdown im Winter 2020/21 rasant anstiegen. Gleichzeitig wuchs allerdings auch die Zahl jener Patienten, die an starkem Untergewicht leiden, im Jahresvergleich um mehr als ein Drittel. Dass die Monate der Isolation vor allem junge Menschen psychisch stark belastet haben, spiegelt sich auch in der erhöhten Zahl der stationär behandelten Essstörungen wider. So gab es 2020 im Vergleich zum Vorjahr etwa 10 Prozent mehr Anorexie- und Bulimiepatienten.

Top-Liste: Ausländische Topverdiener

3.541 Euro – so hoch war der Medianlohn eines in Vollzeit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit deutscher Staatsbürgerschaft im Dezember 2020. Ausländer verdienten mit durchschnittlich 2.638 Euro hierzulande deutlich weniger, doch einige Nationalitäten liegen auch weit über dem deutschen Mittelwert: In der beispielsweise kommen auf einen Medianlohn von gut 4.800 Euro brutto pro Monat. Ursache dafür ist das gezielte Werben der Bundesrepublik um qualifizierte Zuwanderer aus Drittstaaten. Die meisten der aus Indien stammenden Beschäftigten gehen in Deutschland einer akademischen Tätigkeit nach, mehr als ein Drittel arbeitet in gefragten akademischen MINT-Berufen, also in den Bereichen Mathematik, Naturwissenschaften, Informatik und Technik.

iwkoeln.de/medianentgelte

Gehälter: Inder und Skandinavier verdienen am besten

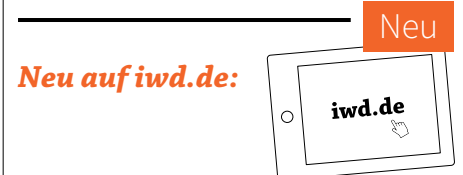
Bruttomonatsgehalt von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland nach Staatsangehörigkeit/Herkunftsregion in Euro

Indien	4.824
Nordeuropa	4.656
Österreich	4.582
USA	4.468
Irland/Vereinigtes Königreich	4.391
China	4.223
Schweiz/Liechtenstein	4.158
Brasilien	4.094
Benelux	4.071
Frankreich/Monaco	3.952
Zum Vergleich: Deutsche Staatsbürger	3.541

Bruttomonatsgehalt: Medianentgelt – eine Hälfte der Beschäftigten verdient weniger, die andere mehr; Länderauswahl: Länder mit mindestens 7.500 in Vollzeit beschäftigten Ausländern; Stand: Dezember 2020

Quelle: Bundesagentur für Arbeit
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

**Lkw-Fahrer fehlen**

Nicht nur im Vereinigten Königreich, auch in Deutschland sind Brummifahrer derzeit knapp. Zudem dürfte mit der Erholung der Wirtschaft der Bedarf an Kraftfahrern künftig noch größer werden – doch es mangelt an Nachwuchs und die verfügbaren Fahrer sind im Schnitt relativ alt. Wie der Fahrerberuf attraktiver gemacht werden könnte, lesen Sie auf iwd.de.